

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung
Nr. 626
37. Jahrgang



Abonnements-Preis
Durch d. Post bezogen, vierteljährlich 6.00, halbjährlich 11.00, jährlich 20.00

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Nr. 626
37. Jahrgang

und Handels-Zeitung

Mittwoch
9. Dezember 1908

Hierzu die Wochenbeilage
Technische Rundschau No. 50.

Ersparnisse in Heer und Flotte.

Die bedeutende Höhe haben allmählich die Reise- und Transportkosten erreicht. Die gesamte hierfür vorausgabte Summe zu berechnen ist hinsichtlich unmöglich, weil in zahlreichen einzelnen Kapiteln des Etats Restposten verbleiben, ohne daß ihr Betrag besonders angegeben wäre.

Ein großer Teil dieser Gelder ist rein dem diskretionären Ermessen der Militärbehörden anvertraut und entzieht sich jeder wirksamen Kontrolle des Reichstages. Hier besonders waltet die Willkür des Militärs unbeschränkt, so daß zum Beispiel beträchtliche Erhöhungen des Etatsantrages vom Reichstag mit dem lakonischen Zufüge geschildert werden: 'Nach dem Durchschnitt der Vorjahre.'

Man hält gewöhnlich den Anspruch aufrecht, als ob bei Verlegungen, Dienstreisen, Kommandierungen, Transportkosten allein die Befehlsgewalt des Königs Platz greife, und als ob der Reichstag lediglich das Mittel zu bewilligen habe, die durch Ausübung dieses Königsrechtes beantragt werden. So wird denn auf diesem Gebiete in der Tat ein kostspieliger Luxus getrieben; es kommt zum Beispiel wie in diesem Jahre vor, daß ein General (v. T.), der am Ende seiner Laufbahn steht und einen Rückposten erhalten soll, innerhalb weniger Monate zweimal verlegt wird - offenbar, weil der zweite, entgiftete Posten nicht gleich frei war. Da er höchstwahrscheinlich nur einen Antrag gemacht hat, wird er 1500 Mark extra verdient haben. Aber gerade für diesen Zweck ist ja der Aggregatentfond geschaffen, und man hatte dem Reichstage erzählt, daß dadurch der Reichsfonds entlastet würde. Nein! In Wahrheit ist auch dieser Fonds nur ein weiteres Mittel, die Befehlsgewalt in möglichst weitgehendem Maße unabhängig von der Volksvertretung zu machen. Da werden denn bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten Deputierten entandt, ganze Truppenteile werden zu fünften empfangen herangezogen, damit sie die Freude haben, ihre hohen 'Chefs' zu sehen, das Gardefeldbataillon wird zur Kreuzerüberredung per Bahn von Lichterfeld nach Berlin befördert, die hohen Offiziere, die von Berlin nach Potsdam fahren, um dem Kaiser Vortrag zu halten, beziehen Reisekosten und Tagegelde und machen dabei also ein sehr gutes pekuniäres Geschäft. Ja, es soll sogar gelegentlich vorgekommen sein, daß Offiziere, die von Charlottenburg nach Berlin verlegt wurden, Umzugs-gelder bezogen, zwar ihren dienstlichen Aufenthalt nach Berlin verlegten, ihre Privatwohnung aber in Charlottenburg beibehielten. Es kommt hinzu, daß die Umzugs-gelder der hohen Rangklassen sehr reichlich bemessen sind. Viel zu zahlreich sind die Dienstreisen; die Truppenteile würden aufatmen und der Dienstbetrieb ein ruhiger werden, wenn die Generale weniger Besichtigungsreisen machen dürften. Ebenso sind die Reisen der Stabsanführer zu den 'unermuteten' Kasernenrevisionen unnötig zahlreich und bilden eine ansehnliche Einnahmequelle für sie, wobei zu bemerken, daß in die auswärtigen Garnisonen fast nur die höheren und darum (teureren) Beamten fahren, während die Revisionen am Ort meist von den Sekretären ausgeführt werden. Bei der gegenwärtigen Einrichtung unserer Kasernen würde es genügen, wenn jede Kaselle alle zwei bis drei Jahre einmal revidiert würde.

Wenn der Reichstag die Reise- und Transportkosten um einige Millionen kürzen wollte, so wäre das nicht nur eine Ersparnis für die Steuerzahler, sondern geradezu ein Segen für das Heer, in das größere Ruhe und Stetigkeit einziehen würde. Ueber die besonderen Zulagen habe ich schon neulich geschrieben; ihre Zahl ist Region; sie bilden mit wenigen Ausnahmen einen großen Mißbrauch, und auch hier geht der Gesamtbetrag in die Millionen. Tatsächlich fehlt der Offizier in jeder Stellung seine ganze Kraft ein - soll er wichtigsten tun - und wenn er in bevorzugte Stellen beauftragt wird, so gewinnt dadurch die Schnelligkeit seiner Be-

förderung; er erhält also für besondere Leistungen auch einen besonderen Lohn. Ist es kein Mißbrauch, wenn besondere Zulagen sogar für die Ingenieuroffiziere - und zwar à la discretion der Militärverwaltung - ausgemessen werden, die mit dem Bau von Festungswerken betraut werden, obwohl das doch ihr Metier ist? Oder wenn die Bezirkskommandeure, bei denen Versorgungsangelegenheiten bearbeitet werden, Zulagen erhalten, obwohl dadurch vielleicht ihr Personal, aber bestimmt nicht sie selber eine Mehrbelastung erfahren. Auch die Ärzte, die den Dienst bei Bezirkskommandos versehen, haben keinen Anspruch auf eine Zulage, denn zu gleicher Zeit können sie nur an einer Stelle sein. Aus diesem Grunde sollten alle nebenamtlichen Bezüge gestrichen werden. Ist es kein Mißbrauch, wenn ein Offizier 300 Mark für die 'Kriegsakademie' erhält - der von Zivillehrern erteilt wird? Aber auch alle Militärärzte, jeder den zahlreichen Schülern, warum erhalten sie Zulagen? Ueberhaupt häufen sich bei dem Militärverhältnis und Bildungswesen die hohen Kosten, die durch Zusammenlegen sehr wohl verringert werden könnten. Ebenso ist das reitende Feldjägerkorps überflüssig und hat jedenfalls mit dem Heer gar nichts zu schaffen.

Viel zu hoch ist die Zahl der Rationen bei den hohen und höheren Stellen des Heeres bemessen; auch hier wird geradezu Verschwendung getrieben, und zwar in solchen Maße, daß ohne den geringsten Nachteil gegen tausend Rationen - weit mehr als ein Kavallerieregiment - erspart werden könnten, oder bei 350,000 Mark. Gerade jetzt, wo die hohen Kommando- und Befehlshaberstellen mit Kraftwagen ausgerüstet werden, die ihre Zulagen auch in der Garnison benutzen, wäre es höchste Zeit, eine Durchsicht des Rationsverhältnisses einzusetzen zu lassen. Es ist die alte Geschichte: neue Anschaffungen werden als unbedingt nötig vom Reichstage verlangt, aber überflüssige genossene Dinge werden gründlich nicht aufgegeben. Warum brauchen der Kriegsminister und die kommandierenden Generale, jeder acht Rationen, die Divisionskommandeure deren sechs zu empfangen? Im allgemeinen sollte kein Offizier über drei Rationen erhalten, den kommandierenden Generalen könnte man allenfalls aufgeben, dem noch zwei Wagenpferde bewilligen. Eine ganze Reihe von Offizieren, die gegenwärtig Rationen erhalten, essen sie persönlich auf, und für viele von ihnen besteht in der Tat nicht das mindeste dienstliche Bedürfnis der Pferdehaltung. Warum erhalten zum Beispiel die pferdegehaltberechtigten Militärbevollmächtigten bei nicht-deutschen Regierungen Pferdegedel, auch wenn sie kein e Pferde halten? Als reine Gehaltszulage. Warum erhalten die Vorposten der Remontekommissionen Rationen? Sie haben keinen Dienst zu Pferde zu tun, sehen auch nicht mehr in die Front zurück. Warum erhält zum Beispiel der Gouverneur von Metz sechs Rationen, während der von Straßburg sich doch mit vier begnügen kann? usw. usw.

Wie die Rationen, so sind auch die Lebungsgelder der Truppen sehr reichlich ausgemessen. Es gibt Truppenteile und Garnisonen, wo sie gegen Ende des Jahres in aller Eile, ohne dringende Notwendigkeit verbraucht werden, nur damit keine Reste bleiben. Auch hier würde man mit geringeren dotierten Kaufgeschäften weiter kommen, die dafür auf folgende Jahre übertragbar wären. Man kann natürlich bei einer Gesamtsumme von etwas über zwei Millionen Mark nicht von der Ersparnis von Millionen Millionen sprechen, aber um ein paar Hunderttausende könnte auch dieser Posten gekürzt werden, ohne die Ausbildung des Heeres irgendwie zu schädigen. Und das gleiche gilt für die Wandervöl. Ich gehöre nicht zu denen, die die Möglichkeit der Kasernenreform bestreiten; im Gegenteil, ich würde ihnen gelegentlich eine noch größere Ausdehnung wünschen. Um so mehr aber bestesse ich darauf, daß die Herbringungen aller übrigen Armeekorps, all' deren also, die nicht von dem obersten Kriegsherrn befehligt werden, könnten, da die Kämpfe Regiment gegen Regiment heutzutage keine Dajens-bereitigung mehr haben. Was hier zu lernen ist, wird weit besser auf den großen Lebungsplätzen gelernt bei Gelegenheit der sogenannten Regiments- und Brigaderezeptionen. So lassen sich auch hier wieder größere Summen ersparen. Wenn die Kosten des Heeres ein so gewaltiges Ausmaß erreichen, daß wir das reiche Frankreich damit weit überflügelt haben und an der Spitze aller großen Militärmächte stehen, dann darf nicht mehr ins Blaue hinein 'verwaltet' werden, sondern dann muß endlich einmal die Sparsamkeit im kleinsten wie im größten als oberster Grundsatz angenommen werden. So daß nur noch diejenigen Ausgaben von der Volksvertretung genehmigt werden dürfen, die unbedingt notwendig sind, und auch sie nur in der unbedingt erforderlichen Höhe, und das Heer schlagfertig zu erhalten! Alle Unnützlichkeiten müssen dann unbedingt gestrichen werden. Zugleich aber muß man an große organisatorische Veränderungen denken: Vereinfachung der gesamten Verwaltung und des Kasernenwesens, weitgehende Dezentralisation, Verbilligung der Organisation des Reichsheeres, Verringerung der Offiziersstellen, indem man einen Teil der Subalternoffiziere durch Unteroffiziere ersetzt, und damit zusammenhängend eine allmähliche Verringerung des Pensionfonds. Wobei ich auch an eine gezielte Regelung der Verabschiedungen denke! Je

mehr man die Willkür beschränkt, desto mehr verringert man auch die Kosten.

Gädke,
früher Oberst und Kommandeur
des Feldartillerieregiments 41.

Ein Sieg
des Ministeriums Clemenceau.

Die Maßregelung Germinet's vor der Deputiertenkammer.
(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 8. Dezember.
Das Interesse an der heutigen Kammer Sitzung erweist sich als sehr hoch. Während bisher in dieser Session die Gefahr eines Ministerkrises als ausgeschlossen betrachtet wurde, ist ganz unerwartet durch den Fall des Admirals Germinet die politische Leidenschaft wieder auf's höchste gespannt worden. Das seit stets verletzteste akademische Viertel für den Sitzungsausschuß ist heute unruhig, unmittelbar nachdem der Präsident Briffon seinen Sitz eingenommen hat, sind alle Bänke der Abgeordneten gefüllt, und aus den Tribünen hört schon seit einer Stunde ein dröhnendes Publikum des Beginns der Debatte. Die Minister sind vollständig besonnen. Eine längere Unterhaltung zwischen dem Herren Picard und Thomson, dem jetzigen und dem früheren Marineminister, wird viel beachtet. Clemenceau sitzt gegen seine Gewohnheit schweigend auf seinem Platze, den er heute neben 'seinem' Marineminister Picard gewählt hat.

Die Tagesordnung bringt zunächst die gestern befragte Abstimmung über die Todesstrafe. Da der von der Linken eingebrachte Antrag auf momentane Abstellung der von den Antiquarstellern zurückgezogen wird, und da Briand, wie bekannt wird, nicht mehr die Absicht hat, zu sprechen, kann man folgern, daß den Anhängern der Todesstrafe der Sieg gewiss ist. Die nach geordnetem Modus vorgenommene Abstimmung macht eine Auszählung der Stimmen nötig, deren Resultat später bekannt werden soll. Es kann schon vorweggenommen werden. Noch während die Interpellanten erfragen, daß die Todesstrafe mit 330 gegen 201 Stimmen beibehalten wird. Aber diese nach Briand's Wort rein sozialphilosophische Streitfrage interessiert die Seele in der Kammer nur wenig, die ganze Aufmerksamkeit konzentriert sich auf die drei Interpellationen über Germinet, die von den Nationalisten Briand, Durbouque und von dem Radikalen Michel eingebracht worden sind. Zuerst steigt

Admiral Briand

auf die Tribüne. Briand verachtet sich gegen jede etwaige Unterstellung, als wolle er einen Offizier verteidigen, der einen Akt der Indisziplin begangen habe, oder als rede er im Namen der vierzigjährigen Fremdschiff, die ihn mit Germinet verbindet. Er glaube vielmehr, daß es sich um eine unüberwindliche Auffassung der Regierung handle, die diese schleunigst korrigieren müsse, wenn man nicht vernutzen solle, daß die sogenannte Indisziplin nur ein Vorwand für Clemenceau gewesen sei, um einen lästigen Offizier los zu werden. Schon einmal nach dem Unfall des 'Gonda' habe man die Maßregelung Germinet's beklagt. Seine Unschuld habe sich herausgestellt, und man habe nichts gegen ihn unternehmen können. Sollte man sagen, daß der zweite Versuch durch die Umstände besser gerechtfertigt werde? Das könne nicht geschehen: Briand habe viel weniger ausgesprochen, als hier auf der Tribüne gesagt worden sei. Man solle sich hüten, die Flotte der Offiziere zu verrauben, zu denen die Marine-Vertrauen habe. (Beifall.)

Die nächsten beiden Interpellanten, der Nationalist Durbouque und der Radikale Michel, sprechen gegen das Ministerium, bringen aber dem Ministerium Nutzen. Durbouque vergleicht den Fall Germinet mit dem Fall des Admirals Bressford und plädiert für einen Dank an die Herren Entthaler der Wahrheit. Diese Clemenceau einige Sympathien unter den Radikalen zurück. Nach günstiger Berathung ein kleiner Anstoß der Stimmung vor. Die während der Rede Michels eintritt. Dieser sagt, daß Germinet sich an wiederholt früher auf Wangen in der Flottenorganisation und in der Verwaltung hingewiesen habe und fragt: Warum hat ihn das Ministerium gemieden und nicht gewarnt? Darauf erhebt sich der fröhliche Marineminister Thomson, von dem man eine Unterbrechung des Ringens erwartet, und erklärt, daß er während seiner Amtsdauer mehrfach Gelegenheit nehmen mußte, Germinet's ernste Ermahnungen wegen unbesonnener Äußerungen zuzuhören zu lassen. Er habe darüber aber nichts in die Öffentlichkeit gelangen lassen, um einen tüchtigen Offizier nicht zu trüben.

Diese Mitteilung, die jedem überraschend kommt, beeinflusst nicht die Stimmung der Linken, und als Michel noch die Tatsache, daß der Interpellator Germinet's dem Worte 'Petit Bar' angebeugt, zu vermerken sucht, gewinnt der Eindruck an Macht, daß die Situation des Ministeriums weniger verzweifelt ist, als es ursprünglich schien. Zwar wird die Antwort des Marineministers Picard

Siehe Nr. 524 und 550.